

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/1382/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 14.02.2020 Verfasser: Dez. III / FB 61/320						
Weiterentwicklung des ÖPNV in Aachen Ratsantrag "Ein Aachener Modell für den ÖPNV der Zukunft" der CDU- und SPD-Fraktionen vom 25.11.2019 Ratsantrag "Neukonzeption des Öffentlichen Personennahverkehrs in Aachen" der Grüne Fraktion vom 02.09.2019 Ratsantrag "Verkehrswende gestalten: ÖPNV-Angebot attraktiver machen" der Grüne Fraktion vom 31.10.2018							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>27.02.2020</td> <td>Mobilitätsausschuss</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	27.02.2020	Mobilitätsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
27.02.2020	Mobilitätsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und stimmt der Mittelfreigabe für ein ÖPNV-Gutachten zu. Die Anträge gelten damit als behandelt.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
	x		

Investive Auswirkungen	Ansatz 2020	Fortgeschrieb ener Ansatz 2020	Ansatz 2021 ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 2021 ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben		Deckung ist gegeben			

PSP-Element 4-120201-905-5 - Verkehrsentwicklungsplanung

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 2020	Fortgeschrieb ener Ansatz 2020	Ansatz 2021 ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 2021 ff.	Folgekoste n (alt)	Folgekost en (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	80.000	80.000	240.000	240.000	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	80.000	80.000	240.000	240.000	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben		Deckung ist gegeben			

Erläuterungen:

Zur Weiterentwicklung des ÖPNV in Aachen liegen der Stadtverwaltung drei Ratsanträge vor:

- "Ein Aachener Modell für den ÖPNV der Zukunft" der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.11.2019 (s. Anlage 1)
- "Neukonzeption des Öffentlichen Personennahverkehrs in Aachen" der Grüne Fraktion vom 02.09.2019 (s. Anlage 2)
- "Verkehrswende gestalten: ÖPNV-Angebot attraktiver machen" der Grüne Fraktion vom 31.10.2018 (s. Anlage 3)

Wesentlicher Inhalt aller drei Anträge ist die Forderung einer deutlichen Erweiterung und Attraktivierung des ÖPNV-Angebotes in Aachen. Die Verwaltung, die ASEAG und der Aachener Verkehrsverbund (AVV) sollen zukunftsweisende Konzepte erarbeiten und neue Finanzierungsmöglichkeiten vorschlagen. Dabei soll die Stadtgesellschaft von Anfang an miteinbezogen (z.B. über Bürgerversammlungen etc.) werden.

Ausgangssituation

Tägliche Staus belasten das dicht besiedelte Stadtgebiet und mindern damit auch die Lebensqualität der Menschen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Darüber hinaus sind die Kapazitäten des heutigen ÖPNV-Netzes auf den Hauptachsen weitestgehend ausgeschöpft. Die gemeinsame Führung des straßengebundenen auf Bussen basierenden ÖPNV mit dem MIV auf den Straßen führt zusätzlich zu Qualitätsproblemen im ÖPNV-Angebot. Für eine Mobilitätswende besteht die Notwendigkeit, eine nachhaltige Strategie mit einem Bündel von Maßnahmen zu entwickeln. Hierbei spielt der ÖPNV eine tragende Rolle. Ohne dessen Beitrag können die vereinbarten Klimaschutzziele überhaupt nicht erreicht werden.

Im Sommer 2019 hat eine ganztägige Strategieklausur des AVV zu diesem Thema mit allen Verbandsmitgliedern im AVV stattgefunden. Als Fazit des Diskussionsprozesses wurde befürwortet, eine ÖPNV-Untersuchung für den AVV-Raum analog zu einem Gutachten im VRS-Gebiet durchzuführen. Laut AVV war eine weitere wichtige Erkenntnis aus der Strategieklausur - untermauert durch die teilnehmenden externen Experten - dass primär Maßnahmen im Leistungsangebot (Angebotsqualität und Infrastruktur) zu dauerhaften Nachfragesteigerungen führen können. Diese sollten von flankierenden, tariflichen Maßnahmen sinnvoll unterstützt werden. Erfahrungen aus anderen Städten wie Wien bestätigen diese Strategie: Wien hat ihren ÖPNV über eine lange Zeit kontinuierlich ausgebaut, bevor dort das 365-EUR-Jahreskarte im Jahr 2012 eingeführt wurde. Analysen zeigen, dass wesentlich die Angebotsmaßnahmen zur Steigerung der Fahrgastzahlen und zur Erhöhung des Marktanteils des ÖPNV dort beigetragen haben.

Weiteres Vorgehen

Das Gutachten soll folgende Themenkomplexe aufgreifen bzw. folgende Fragestellungen im Gebiet des AVV beantworten:

- Analyse und Herausarbeiten von Defiziten und Schwachstellen des heutigen ÖPNV-Angebotes (u.a. Kapazitätsengpässe und Defizite im Leistungsangebot sowie Qualitätsdefizite)
- Entwicklung und Bewertung von Vorschlägen für Maßnahmen in den relevanten Themenfeldern zur Stärkung des ÖPNV (qualitativ und monetär):

- Leistungsangebot: Ausweitung des Leistungsangebotes in Bereichen mit Kapazitätsengpässen (räumlich und zeitlich), Angebote/Lösungen für nachfrageschwache Bereiche und Zeiträume
- Qualität: Maßnahmen zur konsequenten ÖPNV-Beschleunigung, Vorschläge für eine Qualitätsoffensive im Bereich Fahrzeuge und Betrieb
- Weitere Digitalisierungsschritte und Stärkung des digitalen Vertriebs
- Kommunikation und Marketing
- Flankierende tarifliche Maßnahmen (z.B. E-Tarif)

Darüber hinaus sollen konkrete, alternative Finanzierungsmodelle (z.B. Finanzierungsmöglichkeiten durch Nutznießer, Nutzer-Finanzierungsmodelle) für das Tarifgebiet des AVV erarbeitet werden.

Ziel des Gutachtens ist die Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen für zukünftige Maßnahmen, die geeignet sind, den Modal Split nachhaltig zu Gunsten des ÖPNV und des Umweltverbundes zu verändern. Für diese Maßnahmen sollen Kostenschätzungen sowie Umsetzungsschritte entwickelt werden.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes AVV hat in ihrer Sitzung am 27.11.2019 diese Vorgehensweise zur Untersuchung von Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV im AVV bereits beschlossen.

Zeithorizont

Die Ausschreibung und Vergabe eines entsprechenden Gutachtens erfolgt durch den Aachener Verkehrsverbund und soll möglichst zeitnah erfolgen, so dass erste Ergebnisse bereits in der zweiten Jahreshälfte 2020 in den Gremien vorgestellt werden können.

Derzeit führt die Verbundgesellschaft intensive Abstimmungen mit allen ÖPNV-Aufgabenträgern im AVV zur Vorbereitung der Ausschreibung des geplanten Gutachtens durch. Denkbar sind - aufbauend auf das Gutachten - ggf. weitere spezifische Untersuchungen zur Vertiefung regionaler Fragestellungen.

Auf dieser Basis soll die Weiterentwicklung des ÖPNV in Aachen und in der Region mit allen Bürgerinnen und Bürgern, Interessengruppen und Institutionen diskutiert und gestaltet werden.

Finanzielle Auswirkungen

Die Gesamtkosten für das Gutachten werden auf ca. 125.000 EUR geschätzt. Unter Eigenbeteiligung der Verbundgesellschaft werden die Kosten unter den Aufgabenträgern im AVV aufgeteilt. Auf die Stadt Aachen entfällt einen Anteil von rd. 25.000 EUR. Unter PSP-Element 4-120201-905-5 Verkehrsentwicklungsplanung stehen Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung.

Anlage/n:

Anlage 1: Ratsantrag CDU + SPD vom 25.11.2019

Anlage 2: Ratsantrag Grüne vom 02.09.2019

Anlage 3: Ratsantrag Grüne vom 31.10.2018



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
25. Nov. 2019

Nr. 567/A

Geschäftsstellen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU
Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de
SPD
Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 19.070 / SPD AT 137/19

Aachen, den 25. November 2019

RATSANTRAG

Ein Aachener Modell für den ÖPNV der Zukunft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. in Zusammenarbeit mit der ASEAG und dem avv Möglichkeiten zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung und zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und seiner langfristigen Finanzierung in Aachen zu erarbeiten;
2. bei der Erarbeitung des o.g. ÖPNV soll die Öffentlichkeit beteiligt werden.

Beide Punkte sollen im Mobilitätsausschuss vorgestellt werden.

Begründung

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich das Mobilitätsverhalten der Menschen und damit auch ihre Erwartungen an die kommunale Verkehrspolitik verändert. Stand in früheren



Zeiten der individuell genutzte Personenkraftwagen, im Vordergrund mobilitätspolitischer Überlegungen, so müssen heute zahlreiche Mobilitätsformen im Fokus einer modernen Kommunalpolitik sein. Darüber hinaus trägt ein geändertes Mobilitätsverhalten zum Klimaschutz bei.

Mit der starken Förderung des Ausbaus der Elektromobilität und dem Beschluss der Forderungen des Radentscheids sind zwei wichtige Bausteine einer zukunftsfesten Mobilität beschlossen.

Der ÖPNV in Aachen muss darüber hinaus auf absehbare Zeit die Basis für diesen Wandel im Mobilitätsverhalten bilden. Eine Weiterentwicklung hin zur Mobilität der Zukunft muss also bis zum möglichen Wiedereinstieg in ein schienengebundenes System insbesondere beim Busverkehr ansetzen. Dabei ist es erfolgsentscheidend, dass ein weiterentwickeltes Angebot der ASEAG und des AVV von den Menschen angenommen wird.

Es ist von besonderer Bedeutung, die Qualität des Angebots erheblich auszuweiten. Nur durch die massive Stärkung des Bussystems durch eigene Trassen, Mobilitätshubs, intermodale Angebote, höheren Komfort und gesteigerte Frequenzen, kann man Menschen für den ÖPNV gewinnen. Eine erhebliche Kapazitätsausweitung ist erforderlich.

Aachen ist eine vielseitige Stadt. Unsere Innenstadt ist zugleich regionales Oberzentrum und urbaner Lebensraum. Dem gegenüber stehen Außenbezirke mit teils ländlicher Prägung. Aachen ist Wissenschafts- und Studentenstadt. Ebenso ist unsere Stadt Jahr für Jahr Anzugspunkt für hunderttausend Touristen. All diesen und weiteren Gegebenheiten muss ein ÖPNV als Bestandteil eines ganzheitlichen Mobilitätsangebotes Rechnung tragen.

Ein neuer ÖPNV erfordert eine neue Form der Finanzierung. Die erwarteten Kosten sind nicht aus dem städtischen Haushalt heraus zu tragen. Die ÖPNV Zukunftskommission hat dazu bereits vor einigen Jahren verschiedene Vorschläge entwickelt.



Der Umbau des ÖPNV in Aachen und seine Finanzierung sind nur umsetzbar, wenn die Aachener Stadtgesellschaft von Anfang an einbezogen wird. Neben klassischen Formen wie Bürgerversammlungen in den Quartieren sind dazu auch andere Formate wie beispielsweise öffentliche Expertenanhörungen und Workshops gut geeignet.

Durch eine Form der kooperativen Stadtentwicklung kann ein Aachener Modell für den ÖPNV der Zukunft geschaffen werden, das durch die Stadtgesellschaft gestaltet und von dieser bestmöglich akzeptiert wird. Aachen geht somit einen Schritt weiter in Richtung der Mobilität der Zukunft. Mit freundlichen Grüßen

Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion

Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion

Gaby Breuer

mobilitätspol. Sprecherin
CDU-Fraktion

Ye-One Rhie

mobilitätspol. Sprecherin
SPD-Fraktion

Mohr bei Zeile 38
 Arbeitsplätze 2019 Wi 2019

Oberbürgermeister
 Marcel Philipp
 Rathaus
 52058 Aachen

Eingang bei FB 01
 10. Sep. 2019

Nr. 524/17

02. September 2019
 GRÜNE 19 / 2019

Ratsantrag

Neukonzeption des Öffentlichen Personennahverkehrs in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein umfassendes Konzept zur Neukonzeption des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Aachen unter Hinzuziehung externer, im Bereich der Entwicklung zukunftsweisender Konzepte erfahrener Verkehrsplaner*innen zu erstellen.

Im Zentrum der Konzeption soll die Frage nach einer Änderung der Grundstruktur hin zu einem dezentralen System mit einer Verschlingung von Linien und mehreren Haupt- und Neben-Knotenpunkten, insbesondere an den Schnittpunkten zwischen Bus und Bahn, stehen.

Mit dem neuen Konzept soll zudem die Frage beantwortet werden, wie ein zukunftsfähiges ÖPNV-Netz ausgestaltet sein muss, um eine deutliche Steigerung der Fahrgastzahlen in einer Größenordnung von 30 Prozent zu ermöglichen und eine Qualitätsverbesserung und Komfortsteigerung zu realisieren.

Im Rahmen der konzeptionellen Neugestaltung des Liniennetzes sind zukünftige städtebauliche Entwicklungen am Bushof und an den Universitätsstandorten, insbesondere am Campus West, mit einzubeziehen.

Zudem ist von einer starken Reduzierung des Kfz-Verkehrs im Bereich des Grabenrings und von einer Nutzung als Radverteilerling bei den anzustellenden Überlegungen auszugehen.

Die mittelfristige Einführung einer Stadtbahn bis zum Bushof sowie eine langfristig erweiterte Streckenführung in der Stadt Aachen wird im Rahmen der Neukonzeption als notwendige Betrachtung vorausgesetzt.

Verwaltungsgebäude Katschhof, Raum 104
 Johannes-Paul-II-Str. 1
 D-52062 Aachen

Tel.: 0241 432-7217
 Fax: 0241 432-7213
 gruene.fraktion@mail.aachen.de

GRÜNE

Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
 Marcel Philipp
 Rathaus
 52058 Aachen

Eingang bei FB 01 - 2. Nov. 2018

Nr. 408/17

31.10.2018
 GRÜNE 23 / 2018

Ratsantrag**Verkehrswende gestalten: ÖPNV-Angebot attraktiver machen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, jährlich zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 5 Mio. EUR für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs in den städtischen Haushalt 2019 und Folgejahre einzustellen. Damit sollen Angebotsverbesserungen finanziert und Fahrpreise insbesondere für Einzel- und Mehrfachtickets gesenkt werden.

Um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu fördern und die Ziele der Verkehrswende zu unterstützen, wird im ersten Schritt das City XL-Ticket wie in der Stadt Düren für den Einzelfahrschein auf 1,50 Euro und für das Vier-Fahrten-Ticket auf 1,40 Euro abgesenkt.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit der ASEAG/dem AVV ein Konzept zu erarbeiten, wie zukünftig das Angebot der ASEAG insgesamt nutzerfreundlicher verbessert werden kann.

Der Rat fordert die Fördergeber Bund und Land auf, wie in Bonn entsprechende Fördermittel zur Einführung eines „365-EUR-Jahrestickets“ und zum Ausbau der Infrastruktur auch für Aachen bereitzustellen.

Begründung:

Die Stadt Düren macht es vor: Bei den zum 01.01.2019 geplanten Tarifierungen des AVV plant sie der Erhöhung des City-Tickets XL Düren nicht zuzustimmen, sondern wird den Fahrscheinpreis voraussichtlich

Verwaltungsgebäude Katschhof
 Johannes-Paul-II-Str. 1
 D-52062 Aachen

Raum 104
 Tel.: 0241 432-7217
 Fax: 0241 432-7213

senken. Die Differenz wird aus dem städtischen Haushalt getragen, die erforderlichen Finanzmittel dafür bereitgestellt.

Düren hat wie die Stadt Aachen ein Problem mit Luftschadstoffen und setzt diese Preissenkung als einen von vielen Bausteinen im Kampf gegen Dieselfahrverbote ein. Auch für Aachen wäre das eine zielführende Maßnahme: Viele Bürgerinnen und Bürger können dazu motiviert werden, für den Weg in die Stadt den ÖPNV als Alternative zur gewohnten Fahrt mit dem Auto in Betracht zu ziehen.

„Umsteiger“ vom Kfz auf den ÖPNV gewinnt man nicht direkt als Abokunden, sondern indem man eine niedrigschwellige Nutzung von Bus und Bahn so attraktiv wie möglich macht. Dazu gehört neben einem vernünftigen Preisangebot selbstverständlich auch der Ausbau der Fahrverbindungen.

Daneben muss es das Ziel sein, das Abo-Angebot für Nutzer attraktiv zu halten und zu verbessern. Das kann zum Beispiel mit einem 365-Euro-Jahresticket gelingen, wie es in diesem Jahr aus Mitteln des „Lead City“ Förderprogramm des Bundes in Bonn eingeführt wurde und mit dem die Menschen den ÖPNV für nur einen Euro pro Tag nutzen können.*)

*)http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/umweltschutz/luftreinhaltung/modell_stadt/02161/index.html?lang=de

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionssprecherin



Kaj Neumann
mobilitätspolitischer Sprecher